

+++ NEWS-Ticker +++

+++ **Personen** | Arnaud Brunet wird zum 1. Juni 2017 neuer Generaldirektor des BIR. Zuvor war Brunet bei Sony für die Beziehungen zu den europäischen Institutionen zuständig. +++

+++ **Auszeichnung** | Die Neocomp GmbH ist für ihr Verfahren zur Aufbereitung glasfaserverstärkter Kunststoffe (GFK) mit dem GreenTec-Award in der Kategorie „Recycling & Ressourcen by Veolia“ ausgezeichnet worden. +++

+++ **Personen** | Mit Wirkung zum 15.05.2017 ist Dr. Jürgen Balg als zweiter Geschäftsführer der Noventiz-Gruppe bestellt worden. +++

+++ **Auszeichnung** | Unilever vergibt auch 2017 wieder den Young-Entrepreneurs-Award – ein Preis für junge Unternehmer/-innen, die mit innovativen Produkten oder Dienstleistungen die größten sozialen und ökologischen Probleme unserer Zeit angehen. Bis zum 30. Juni 2017 können sich Unternehmer/-innen im Alter von 18 bis 35 Jahren auf youngentrepreneursawards.unilever.com registrieren. +++

+++ **Auszeichnung** | Im Rahmen der Interpack in Düsseldorf ist die Rezyklat-Initiative von Werner & Mertz mit dem Pack-The-Future-Award in der Kategorie Ecodesign ausgezeichnet worden. +++

+++ **Personen** | VKU-Vizepräsident Patrick Hasenkamp wurde einstimmig zum Präsidenten des europäischen Dachverbands Municipal Waste Europe (MWE) gewählt. +++

+++ **Unternehmen** | Die Reclay Group hat das Unternehmen Trans Impeks d.o.o. mit Sitz im slowenischen Koper übernommen. In den nächsten Tagen erfolgt die Umfirmierung in Reclay Materials d.o.o. +++

HBCD: einheitliche Lösung in Sicht

Bau- und Abbruchabfälle | Der BDE begrüßt den vom BMUB am 27. April vorgelegten Referentenentwurf zur Verordnung zur Überwachung von nicht gefährlichen Abfällen mit persistenten organischen Schadstoffen (POP) und zur Änderung der Abfallverzeichnisverordnung (AVV). „Der Referentenentwurf ermöglicht langfristig die reibungslose Entsorgung von HBCD-haltigen Abfällen. Das begrüßen wir“, sagte BDE-Präsident Peter Kurth. „In Anbetracht des fast zur Hälfte verstrichenen Moratoriums ist es nur folgerichtig, dass der dynamische Verweis zwischen deutscher AVV und europäischer POP-Verordnung endgültig gestrichen werden soll. Diese Verknüpfung ist europarechtlich ohnehin nie erforderlich gewesen.“ In der weiteren Diskussion müsse insbesondere präzisiert werden, welche Abfallgemische und Sortierreste aus Behandlungsanlagen der POP-Nachweispflicht unterliegen sollen und welche nicht.

BIR kündigt Global Recycling Day an

Veranstaltungen | Ranjit Baxi, Präsident des BIR, hat angekündigt, dass der erste Global Recycling Day am 18. März 2018 stattfinden wird. Dieser Tag ist gleichzeitig der 70. Geburtstag des BIR. „Ich freue mich, diesen wichtigen Termin ankündigen zu können“, erklärte Baxi.



„Wir wollen diesen Tag nutzen, um das Recycling auf der ganzen Welt zu fördern. Unsere Mitglieder, die zu den renommiertesten Recycling-Unternehmen der Branche zählen, wollen hier die Initiative übernehmen. Wir waren der erste globale Verband und deshalb ist unser 70-jähriges Jubiläum ein passendes Datum für

ein so wichtiges Ereignis. Wir wollen, dass die Menschen an Ressourcen denken, nicht an Abfälle. Es gibt sieben Milliarden Menschen auf der Welt. Wenn wir davon nur 10 Prozent dazu bringen, eine positive Änderung beim Recycling vorzunehmen, wird das einen gewaltigen Einfluss haben.“

Keine Absenkung von Standards im Umweltrecht

Umweltrecht | Bundesumweltministerin Barbara Hendricks tritt Forderungen nach einer Absenkung bewährter Umweltstandards entgegen, die das Bundesverkehrsministerium im Abschlussbericht des „Innovationsforums Planungsbeschleunigung“ vorgestellt hat. Hendricks: „Die Beschleunigung von Planungsverfahren ist ein wichtiges Zukunftsthema. Es wäre wichtig gewesen, dass die Bundesregierung hier an einem Strang zieht. Die vom Innovationsforum Planungsbeschleunigung vorgelegten Ideen wurden weder auf ihre politische Umsetzbarkeit untersucht, noch wurden sie einer abschließenden rechtlichen Prüfung unterzogen. Mit solchen Alleingängen kann man bei diesem wichtigen Thema nicht vorankommen.“ Das BMUB lehnt unter anderem die empfohlene verstärkte Nutzung von Plangenehmigungen bei UVP-pflichtigen Vorhaben ab. Diese würde in vielen Fällen einen Standardabbau bei der Öffentlichkeitsbeteiligung nach sich ziehen und somit das Prozessrisiko erhöhen.



Foto: BMUB/Harald Franzen